

Die Fakten:

- ◀ Im 1. Halbjahr 2011 wurden in Niedersachsen insgesamt 733 neonazistische Straftaten verübt, 44 davon waren Gewaltdelikte. Im selben Zeitraum wurden in Niedersachsen außerdem 123 fremdenfeindliche sowie 66 antisemitische Straftaten verübt.
- ◀ Im Gebiet Nienburg/Schaumburg stieg die Zahl neonazistischer Straftaten im Vergleich zum 1. Halbjahr 2010 von 19 Delikten auf jetzt 46 Straftaten an. Im Gebiet Wilhelmshaven/Friesland im selben Zeitraum von 22 auf 38.
- ◀ Mit der NPD sitzt seit Jahren wieder eine rechtsextreme Partei in zahlreichen Kommunalparlamenten, die offen gegen Minderheiten und Andersdenkende hetzt. NPD-Mitglieder sind Mitglieder in Sportvereinen, Bürgerinitiativen und der Feuerwehr.
- ◀ Seit einigen Jahren gibt es einen Schulterschluss zwischen den Parteistrukturen der NPD und der militanten Neonazi-Szene. Die Grenzen zwischen Partei und „Freien Nationalisten“ verwischen dabei immer mehr.

DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag fordert deshalb:

- ◀ Ein Landesprogramm gegen Neonazismus und Rassismus mit gezielten Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus.
- ◀ Eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen den Neonazismus.
- ◀ Einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren. Voraussetzung dafür ist das „Abschalten“ aller in der Partei platzierten V-Leute.
- ◀ Eine stärkere politische Unterstützung antifaschistischen und bürgerlichen Engagements gegen neofaschistische Umtriebe.

Nie wieder Faschismus!

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag



Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Gestaltung: Markus Hintze
V.i.S.d.P.: Ursula Weisser-Roelle
Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel.: 0511 – 30 30 44 02
Fax: 0511 – 30 30 48 80
info@linksfraktion-niedersachsen.de
www.linksfraktion-niedersachsen.de

Dieser Flyer darf nicht für Wahlkampfw Zwecke genutzt werden!

Neofaschismus in Niedersachsen

Neofaschistische Einstellungen in unserer Gesellschaft sind längst kein Randphänomen mehr. Ideologien der Ungleichwertigkeit, ein chauvinistischer Nationalismus, die Befürwortung autoritärer politischer Strukturen und Gewaltakzeptanz gegen Minderheiten und Andersdenkende sind Einstellungsmuster aus der Mitte der Gesellschaft. Sie lassen sich nicht mehr bestimmten gesellschaftlichen Schichten oder einzelnen Regionen zuordnen, sondern sind weithin verbreitet.

Auch in Niedersachsen gibt es Parteien und Organisationen, die aggressiv gegen Demokratie, Menschenrechte und ein solidarisches Miteinander hetzen und kämpfen. Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt dienen ihnen als Mittel, um ihre menschenverachtende Ideologie in die Praxis umzusetzen. Als LINKE sehen wir uns in der Pflicht, diesen Umtrieben parlamentarisch, aber auch außerparlamentarisch, entschlossen entgegen zu treten. Unsere Verantwortung begründet sich dabei nicht allein historisch, sondern auch aus Verantwortung für Alle, die in unserem Land leben. Ganz egal welcher Herkunft, Ethnie, Religion oder sexueller Identität.

NPD und „Freie Nationalisten“

In Niedersachsen sind vor allem zwei Strukturen dem aktiven Neofaschismus zuzurechnen. Mit der NPD sitzt seit Jahren wieder eine rechtsextreme Partei in zahlreichen Kommunalparlamenten, die offen gegen Minderheiten und Andersdenkende hetzt. Unterstützung findet die NPD bei der militanten Neonazi-Szene in Form der „Freien Nationalisten“. Seit einigen Jahren üben diese beiden Strukturen den Schulterchluss: Die militan-



ten NeofaschistInnen unterstützen die NPD bei ihren Wahlkämpfen, übernehmen Ordnerdienste, veranstalten Infostände, plakatieren und verteilen Flugblätter für sie. Auch bei Demonstrationen arbeiten beide Gruppierungen eng zusammen und treten gemeinsam auf. Im Gegenzug erhalten die NeofaschistInnen logistische Unterstützung für ihre Veranstaltungen und dürfen ihre Kader für die Partei auf oberen Listenplätzen bei Wahlen platzieren.

Die Grenzen zwischen Partei und „Freien Nationalisten“ verwischen dabei zusehends. Nicht zuletzt die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), übernimmt eine Art Scharnierfunktion zwischen vor allem jungen NeofaschistInnen und der Partei. Solange die NPD nicht verboten ist, erhält sie zudem einen nicht unwesentlichen Anteil ihrer Finanzen aus Steuergeldern.

Zwischen bürgerlichem Auftreten und Militanz

Dabei treten die NeofaschistInnen längst nicht mehr für alle Menschen gleichermaßen erkennbar auf. Heute sind sie Mitglieder in Sportvereinen, engagieren sich in Bürgerinitiativen, der Feuerwehr, sammeln Spenden für Tierheime, veranstalten völkische Brauchtumsfeste, spielen die kommunalen Kümmerer und geben sich nicht selten den Anschein gutbürgerlicher Mitmenschen.

Auf der anderen Seite wächst jedoch auch die Zahl militanter NeofaschistInnen, die immer selbstbewusster in der Öffentlichkeit auftreten, ihre GegnerInnen bedrohen und attackieren. So konnte sich vielerorts eine gefährliche Grauzone aus jugendlichen SympathisantInnen und militanten AktivistInnen herausbilden. Die Verantwortlichen verschließen vor dieser bedrohlichen Entwicklung nicht selten die Augen und kriminalisieren im Gegenzug antifaschistisches Engagement.

Antifaschismus als politische Leitlinie

Für die Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag ist die offensive Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus eine politische Leitlinie. Seit ihrem Einzug in das Parlament hat sie zahlreiche Initiativen gestartet und antifaschistische Politik somit zu einem wichtigen Thema der Fraktion gemacht. Mit zahlreichen Anfragen zu neofaschistischen Organisationen, Aktionsformen und Veranstaltungen hat DIE LINKE Licht ins bisher oft wenig bekannte Nazigeflecht zwischen Harz und Küste gebracht und somit das strukturelle Problem mit NeofaschistInnen offen gelegt. Das Innenministerium streitet das trotz vieler offensichtlicher Fakten ab und verharmlost weiterhin die Situation. Die Linksfraktion präsentierte deshalb einen alternativen Lagebericht zu „Neonazis zwischen Harz und Küste“. Demnach haben sich, von vielen unbemerkt, handlungsfähige neofaschistische Gruppen und Strukturen etabliert. Die Broschüre zu diesem Thema stieß in Fachkreisen bundesweit auf großes Interesse.

Die Linksfraktion fordert einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren. Voraussetzung dafür ist, dass das Innenministerium alle in der Partei vertretenen V-Leute „abschaltet“. Genau das beantragte die Linksfraktion, um so ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD vorzubereiten. Da NeofaschistInnen über die Landesgrenzen hinweg vernetzt sind, beantragte die Fraktion zusätzlich, die länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen den Neonazismus zu verbessern. Und nicht allein im Parlament sind die linken Abgeordneten für ihr antifaschistisches Engagement bekannt. So informieren und klären sie landesweit über Strukturen und Gefahren des Neofaschismus auf, unterstützen antifaschistisches Engagement und demonstrieren immer wieder gemeinsam mit engagierten BürgerInnen gegen neofaschistische Umtriebe in ganz Niedersachsen. Denn Neofaschismus ist nicht allein ein politisches, sondern vielmehr ein gesellschaftliches Problem.

